

Mein Name ist Konrad Sommer. Ich bin Mitglied der Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim e.V. und bedanke mich im Namen unseres Vereins dafür, dass wir im Rahmen dieser Erörterung ein Eingangsstatement abgeben dürfen. Auch wenn es den einen oder die andere überraschen mag: BISS ist entschieden für die Verlagerung von Gütertransporten auf die Bahn. Allerdings sollte die Bahn dafür auch einige Anforderungen erfüllen, die bis heute nicht erfüllt sind, und die der Bonner OB Jürgen Nimptsch im April 2013 wie folgt zusammenfasste:

Es kann nicht sein, dass wir weiterhin versuchen mit einer technischen Infrastruktur des 19. Jahrhunderts und mit rollendem Material aus der Mitte des 20. Jahrhunderts den Güterverkehr des 21. Jahrhunderts zu bewegen!

Erst heute können wir wirklich beurteilen, wie weitsichtig unsere Vorgänger, also die Vertreter der ersten Hockenheimer Bahnlärm-Bürgerinitiative, in den siebziger und achtziger Jahren bereits gedacht haben. Die Forderungen, für die unsere Bürgerinitiative heute kämpft, sind, auch nach fast 35 Jahren, immer noch dieselben, für die sich jene Pioniere der Bahnlärm-Bekämpfung damals eingesetzt haben.

In einer Vereinbarung zwischen der Deutschen Bundesbahn und der Stadt Hockenheim aus dem Jahr 1976 sowie einem rechtswirksam abgeschlossenen Planfeststellungsverfahren aus dem Jahr 1981 wurde folgendes dokumentiert: „Die Bundesbahn garantiert bei Tag wie bei Nacht einen Mittelungspegel von 50 dB(A) sowie einen Maximalpegel von 65 dB(A) entlang der bestehenden und geplanten Hockenheimer Wohngebiete.“ Weiter heißt es dort „Die DB verpflichtet sich, bei Überschreitung der vereinbarten Grenzwerte in Folge von Emissionen der Bahnanlagen zur Einhaltung der vereinbarten Grenzwerte erforderliche Maßnahmen zu treffen.“

Passiert ist seitens der Bahn seither nichts, was auch nur ansatzweise als ein Versuch der Erfüllung dieses Vertragsteils angesehen werden könnte. Insgesamt sind in Hockenheim heute rund 4.200 Wohneinheiten mit geschätzt 9.000 Bewohnern direkt vom Bahnlärm betroffen. Wir können unsere Gärten, Balkone und Terrassen nicht mehr nutzen und nachts müssen die Fenster geschlossen werden. Hockenheim liegt an einer der Hauptschlagadern des europäischen Bahnverkehrs, der sog. Transversale Rotterdam-Genua. Auf Grund der massiven Bahnverkehrszunahme kommt es zu vermehrten gesundheitlichen Problemen bei den betroffenen Anliegern. Glaubt man der auf Bahnlärm bezogenen Hochrechnung des Bremer Epidemiologen Prof. Dr. Greiser, so werden bis 2021 allein in Hockenheim 85 Menschenleben auf Grund der Bahnlärm-Belastung vorzeitig beendet worden sein. Die Zahl der Bahnlärm-bedingten Erkrankungsfälle liegt demnach allein in Hockenheim im mittleren dreistelligen Personenbereich. Ebenso erleidet diese Stadt einen als dramatisch zu bezeichnenden Verfall von Immobilien- und Infrastrukturwerten. Bahnnahe Immobilien sind heute bereits nicht mehr

zu fairen Preisen vermarktbar. In mehreren konkreten Fällen der jüngeren Vergangenheit waren erforderliche Nachlässe von ca. 20% auf die jeweils gutachterlich festgestellten Verkehrswerte einzuräumen.

Im Rahmen eigener Messungen in dem Zeitraum vom Dez. 2013 bis zum Februar 2014 in 150 Metern Entfernung von der Bahnlinie wurden insgesamt 850.000 Einzelmessungen vorgenommen. Die wesentlichen Ergebnisse dieses Messprogramms besagen:

- o Regelmäßige Maximalpegel von mehr als 70 dB(A).
- o Bis zu 158 Grenzwertüberschreitungen je Nacht
- o und somit eine durchschnittliche Gesamtdauer der gemessenen Grenzwertüberschreitungen von einer knappen Stunde pro Nacht.

Dabei sollten wir nicht vergessen, dass das dicke Ende noch vor uns liegt. Wenn der Gotthardt-Tunnel in der Schweiz, die Gleiserweiterung in Südbaden und der Streckenneubau zwischen Frankfurt und Mannheim erstmal fertiggestellt sind, wird die Transversale Rotterdam-Genua zur Bahn-Rennstrecke. Übrigens erfüllt Hockenheim als Engpass dann erklärtermaßen die Rolle einer Schikane. Und an Schikanen wird das Leben bekanntlich lauter als in anderen Bereichen einer Rennstrecke. Das ist der Grund, weshalb sich Hockenheim heute gegen zweitklassige und sinnlose Lösungen des Bahnlärmproblems wehrt. In zehn Jahren wird uns hier keiner mehr zuhören. Primär, weil es außer Bahnlärm dann in Hockenheim nicht mehr viel zu hören gibt!

Etwa 700 Hockenheimer Bürgerinnen und Bürger formulierten individuelle Einwendungen gegen das PFV „Anpassung Schallschutz Bahnstrecke Hockenheim“. Allein die Tatsache, dass auf die genannten 700 Einwendungen betroffener Hockenheimer Bürgerinnen und Bürger erst am 22. Mai 2015 eine Reaktion dergestalt erfolgte, dass man eine ziemlich lapidare Stellungnahme der Bahn auf der Webseite des RP-Karlsruhe veröffentlichte, macht deutlich, dass die Betroffenheit der Einwender, allen aktuellen Forderungen nach stärkerer Bürgerbeteiligung zum Trotz, in diesem Verfahren bisher nicht besonders ernst genommen wird.

Sehr verehrte Vertreter von der Bahn, gestützt auf den bestehenden Vertrag aus dem Jahr 1976 sowie des Planfeststellungsbeschlusses aus dem Jahr 1981 fordern wir Sie auf, die gesetzlichen Vorgaben auch in Hockenheim wie bei einem Neubau des Typs Baden21 umzusetzen.

Dort gilt seit vergangenem Freitag:

*Der Bund übernimmt allein die Mehrkosten in Höhe von knapp 1,2 Mrd. Euro für den Bau des Güterzugtunnels unter Offenburg hindurch. Die baulichen Mehrkosten von 479 Mio. Euro für den Bau der autobahnparallelen Trasse tragen Bund und Land jeweils zur Hälfte.*

Insgesamt hat die IG-Bohr (Zusammenschluss mehrerer Bürgerinitiativen in Südbaden) damit in den letzten zehn Jahren Zusatzinvestitionen von fast 2,5 Mrd. Euro erzwungen. Und dort hatte man bisher gar keinen rechtsgültigen Vertrag. Es ist beschämend, dass wir in Hockenheim, mit einem rechtsgültigen Vertrag in der Hand, um zusätzliche neun Mio. Euro derart betteln müssen!

Und bitte fordern Sie nicht länger die Hockenheimer Stadtverwaltung zur Geldbeschaffung auf. Die Vereinbarungen von 1976 bzw. 1981 haben Sie unterschrieben und anschließend nicht erfüllt. Wenn es jetzt zusätzlicher Mittel bedarf, um Ihrerseits einen vertragskonformen Zustand herzustellen, dann sollten Sie bei Bundes- und Landesregierungen anklopfen und um die entsprechenden Almosen bitten! Sie wissen ja seit letztem Freitag, wie das funktioniert.

Wir jedenfalls sind nicht hier, um einen Kompromiss zu verhindern, sondern um uns mit Ihnen gütlich zu einigen! Die Variante V07 allerdings können Sie behalten!